„Sparpolitik“ der Bundesregierung zwecks Zinslastabbau ?

Karl Mai Halle, 25. November 1999

Inhalt:

0. Vorbemerkung
1. Dimension der Staatsverschuldung
2. Ursachen der Staatsverschuldung
3. Belastung durch Staatsverschuldung
4. Entlastung von Staatsverschuldung
5. Die „Kürzungsorgie“
6. Besteuerung von Vermögen
7. Zusammenfassung und nochmals „volkswirtschaftliche Logik“

0. Vorbemerkung

Die Verfemung der finanziellen „Erblast“ durch den Bundesfinanzminister Eichel und deren verkündete Reduzierung prägen die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik seit April 1999 in ungeanhnter Heftigkeit. Dabei wurden bisher vorallem zwei hierfür sehr typische Argumente angeführt:

1. die staatliche Zinslast für die Schulden sei bereits unerträglich hoch und belaste zu stark die öffentlichen Ausgaben und die späteren Chancen für die künftigen Generationen,
2. die hohe Zinslast sei außerordentlich sozial ungerecht, denn sie ist schlichtweg eine Umverteilung "von unten nach oben" zugunsten der Geldvermögen.

Natürlich sind diese beiden Aussagen - isoliert genommen - wahr. Aber sind sie deswegen eine auch volkswirtschaftlich fundierte und hinreichende Begründung für den massiven Kürzungsansatz in den mittelfristigen Haushaltsplanausgaben des Bundes?

Dabei werden seitens der Bundesregierung die zwingenden Konsolidierungsauflagen der EWU für die weitere und mittelfristige Haushaltsplanung in der BRD kaum noch erwähnt, die doch ebenfalls eine fatale Begründung wären. Warum? Soll der Bundeshaushalt schneller als nach EWU-Auflagen "konsolidieren"?

Die rot-grüne Bundesregierung prangert unermüdlich die unmoralische Verschuldungspolitik der früheren Bundesregierung an, aber erwähnt nirgendwo, daß sozialdemokratisch angeführte Länderregierungen und untere Gebietskörperschaften voll im Sog dieser Politik sich ebenso mitverschuldet hatten.
Der Verschuldungssprung durch die deutsche Vereinigung bleibt ebenso ausgeblendet.

Das 30-Mrd. DM-Sparpaket entspricht zufällig (?) etwa den fiskalischen Mehrausgaben für die '98er-Wahlversprechen der sozialdemokratischen Partei, die 1998/99 sodann eingehalten wurden. Ist dies der Sinn von Ausgleich für soziale Ungerechtigkeiten der Kohl-Regierung, jetzt diese Mehrausgaben schon wieder zulasten der Sozialleistungen zu begleichen?

Das hochmoralisch motivierte "Sparpaket" umfaßt zur Hälfte auch Kürzungen im Bundeshaushalt, die sachlich entweder eine Überwälzung von Ausgaben an die unteren Gebietskörperschaften oder vorerst noch "unspezifizierte" Minderausgaben darstellen. Ist dies ein Zeichen für solidere Haushaltsentwürfe im Vergleich zur Vorperiode?

Vielleicht blickt man in der Bundesregierung heimlich auf das "Vorbild USA". Noch vor einem völligen Erreichen des defizitfreien Staatshaushalts hat Bill Clinton dadurch imponiert, daß er ein neues 100-Mrd. Dollar-Rüstungsprogarmm initiierte. Herr Scharping hat den dringlichen Neu- und Hochrüstungsbedarf für die internationalen Missionen der Bundeswehr und ihre Normal-Ausrüstung mit schwerer Technik ebenso verkündet .

Fragen und Anlaß genug, um auf die Fakten und Hintergründe näher einzugehen.

1. Dimension der Staatsverschuldung

Leider informierte die Bundesregierung die Öffentlichkeit zur Dimension der Staatsverschuldung nicht umfassend und folglich nicht korrekt So wurde in der Haushaltsdebatte im September '99 stets suggeriert, die Staatsverschuldung belaufe sich derzeit auf ca. 1,5 Billionen DM. Dabei wurde kaum deutlich eingeschränkt, daß dies nur die speziellen Bundesschulden sind, die jedoch nicht allein auf den Schultern der Steuerzahler lasten. Dadurch werden das Gesamtbild der Staatsverschuldung aller deutschen Gebietskörperschaften, die damit verbundene *verteilte* Zinslast und die daraus resultierende höhere Gesamtbelastung der lebenden Generationen **völlig unterzeichnet.**

Die **Schulden aller Bürger** setzen sich aus Bundes-, Landes- und Gemeindeschulden zusammen und betragen per 1.1.99 immerhin 2,3 Billionen DM, darunter 775 Mrd. DM vom Ausland geliehen. Der Bund allein verschuldete sich direkt bis Ende 1998 „nur" mit 958 Mrd. DM, der Rest entfällt auf die berüchtigten Waigelschen „Schattenhaushalte" (ca. 500 Mrd DM) sowie die deutschen Länder- und Gemeindehaushalte.

Die von der **EWU** ausgehenden Konsolidierungszwänge der Haushalte klammern jedoch nicht die Verschuldung der unteren Gebietskörperschaften aus. Das Problem der Konsolidierung föderaler Haushaltsstrukturen innerstaatlicher Art kann nicht einfach abgetrennt werden, indem der politische Akzent nur auf die Bundesverschuldung gerichtet wird.
Zinslast je Bürger und „Einschränkung der Handlungsfähigkeit" ergeben sich praktisch aus der Gesamtverschuldung, und die ist mit 2,3 Billionen DM zutreffend zu benennen.

2. Ursachen der Staatsverschuldung

Über die Ursachen der bestehenden Staatsverschuldung geht die Bundesregierung gern mit Hinweis auf die Verantwortung der Vorgänger schnell hinweg. Diese Ursachen können jedoch nicht allein aus zu hohen oder steigenden Ausgaben abgeleitet werden, gleichgültig welcher zwingenden Verwendung auch immer. Sie resultieren ebenso aus zu hohen originären Defiziten auf der Basis der „normalen" Einnahmen, schließen also die Wirkung zu langsam steigender Steuereinnahmen insgesamt mit ein.

2.1 Einnahmeseite

Es dürfte einsichtig und gewichtig zugleich sein: die jetzt von der Bundesregierung hart verfolgten Ausgabenkürzungen sind auch ein direkter Reflex von echten Einnahmeverlusten für den Bundeshaushalt früherer Jahre.
Dazu aber wurde bisher zu wenig in der Öffentlichkeit vorgetragen. Hier geht es um folgendes:

- die defizitär „zurückgeschnittenen" Einnahmen in der Kohl-Ära aus der veranlagten Einkommenssteuer, die wiederum gesenkt werden sollen;
- die hohe Gewinnverschleierung der Kapitalgesellschaften in den deutschen Steuer-Bilanzen;
- die enormen Gewinnreduktionen durch Sonderabschreibungen;
- die jährliche Verrechnung von Verlustvorträgen gegen laufende Gewinne;
- die an der Gewinnsteuer vorbeigeschleusten Geldtransfers in Niedrigsteuergebiete und Steueroasen;
- die maffiosen Geldbströme in der Schattenwirtschaft vorbei an jeder Steuer und Kontrolle;
- die steuerfreien Spekulationsgewinne u.ä.m.

Dazu kommen die echten Mindereinnahmen konjunktureller Ursache, die sich u.a. in den unzutreffenden Steuerschätzungen der Experten spiegeln.

Man könnte allein die vorstehenden Verlustquellen der Einnahmeseite des Haushalts auf solche Größenordnungen hochrechnen, die jeden schmerzhaften Sparzwang bei den Ausgaben insgesamt, insbesondere bei den Sozialleistungen, völlig überflüssig erscheinen lassen.
Doch hier wirken die Exponenten der Bundesregierung wie „auf einem Auge blind".

Im internationalen Vergleich wird die **Steuerquote** am BIP gemessen, und die vorliegenden Daten zeigen: Die Steuerquote (ohne Sozialabgaben) lag 1997 in Deutschland bei 21,9 % und in der Schweiz bei 21,5 % des BIP. In 15 anderen Staaten Europas (einschl. Norwegens) lag die Steuerquote aber deutlich **höher**, darunter in Großbritannien (29,3 %), Luxemburg (33,8 %), Schweden (37,4 %), Finnland (35,4 %), Österreich (29,2%) , Italien (29,8 %), Frankreich (26,9 %) und den Niederlanden (25,7 %). [1]

Diese Situation auf der Steuerseite des Haushalts ist also eine wesentliche Ursache der angeblich schon „katastrophalen Finanzlage" der Bundesrepublik. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf das immerwährende

Drängen neoliberaler Exponenten zu weiteren „Steuersenkungen“ in Deutschland, berichtet auf private und unternehmensbezogene Gewinne.

Gegenwärtig setzen manche SPD-Spitzenvertreter auf noch massivere Steuersatzsenkungen, deren Wirkung auf die Summe der Steuereinnahmen verheerend sein müssen. Bekanntlich wurden z.B. Reagans radikale Senkungen der USA-Einkommenssteuern infolge ihrer katastrophalen Defizit-Folgen später rasch korrigiert, woran sich offenbar hierzulande niemand gern erinnern will.

Und wie sieht es um die deutschen privaten Einkommenssteuersätze aus?

Private Einkommenssteuersätze	1998 i. %
Belgien	60,8
Niederlande	60,0
Dänemark	58,0
Schweden	56,0
Spanien	56,0
Deutschland	55,9
Japan	65,0

(IdW Kölln, „Zahlen 1999“, Tabelle 151)

Hiernach lag Deutschland 1998 noch im Mittelfeld der Einkommenssteuersätze in der EU.

Aus einigen SPD-Statements zur Steuerpolitik ging hervor, daß man um eine angeblich sehr nachteilige Lage der deutschen Unternehmen im internationalen Steuerwettbewerb bangt. Es liegen aber längst seriöse Gutachten auch im BMFi vor, die für deutsche Unternehmen eine **tatsächliche** Steuerlast im Mittelfeld feststellten, was sich im Hearing-Verfahren des Bundestags bestätigte - jedoch öffentlich nicht mehr verbreitet wird.[2]
Es könnte auch keinen gesicherten statistischen Nachweis dafür erbracht werden, daß aus radikal sinkenden Gewinnsteuersätzen später ein höheres erfaßtes Steuervolumen entspringen muß.
Dieser neoliberale Glaube an die Wunderkraft der privaten Gewinnsteuersenkung ist historisch nicht verifizierbar.
So z.B. betrugen die „veranlagten“ Einkommenssteuern und die „nicht veranlagen“ Ertragssteuern 1998 zusammen ca. 31 Mrd. DM, deren sprunghafter Anstieg mittels einer weiteren Senkung der Steuersätze kaum zu erwarten ist.

Indessen verstärkte sich in letzter Zeit auffallend der Druck der Unternehmerverbände auf die jetzige Bundesregierung, die direkten Gewinnsteuern stärker als vorgesehen zu senken. Über diesen Druck hatte sich Bundeswirtschaftsminister Müller schon einmal öffentlich deutlich beklagt.
Es bleibt also sehr spannend zu beobachten, ob der Bundeskanzler seine Haltung bekräftigt, „nicht gegen die deutsche Wirtschaft regieren zu können.“
Offenbar fällt es ihm leichter, gegen die getäuschte und enttäuschte SPD-Parteibasis zu regieren - solange er nicht um seine parlamentarische Mehrheit bangen muß.

2.2 Ausgabenseite

Zu den extrem hohen permanenten Haushaltsausgaben zählen die Kosten der hohen Arbeitslosigkeit, die Kosten aus der deutschen Einheit und die aktuellen Zinslastbeträge. Allein im Bundeshaushalt summieren sich diese Zahlungen auf insgesamt ca. 330 Mrd. DM für 1998.
Es kann nicht bestritten werden, daß alle diese Ausgaben steigende Tendenzen aufweisen, insbesondere die Kosten der Arbeitslosigkeit und die Zinslastbeträge.

Im EU-weiten und internationalen Vergleich aber bilden die Kosten aus der deutschen Einheit (und aus den Fehlern der Vereinigungsökonomie) **nationale Sonderausgaben** in außerordentlicher Höhe. Da diese Kosten anteilig durch die Staatsverschuldung und Kreditaufnahme des Bundes gedeckt wurden, hatten sie unmittelbaren Schub auf die Höhe der kumulativen Bundesschulden. Insoweit die Transfers West/Ost des Bundes diese Sachlage spiegeln, besteht ein dringendes Interesse der Bundesregierung darin, den noch immer hohen Transferbedarf der neuen Bundesländer schrittweise zu reduzieren.
Dies führt zur Kontroverse über die künftige „Wirtschaftsstrategie Ost“ der rot-grünen Bundesregierung.

3. Belastung durch Staatsverschuldung

Der Bund soll 1999 81,5 Mrd. DM Zinsen für die kumulative Bundesschuld zu zahlen, während die Zinsen aller Gebietskörperschaften sich noch für 1998 auf 134,0 Mrd. DM beliefen.
Im Zuge der Übernahme der „Waigelschen Schattenhaushalte“ durch den Bund stieg dessen Zinszahlung ab 1.1.99 schlagartig um 25,3 Mrd. DM an. Dadurch wuchs das originäre Defizit im Bundeshaushalt sofort entsprechend deutlich an.

Die mit der Zinshöhe von mehr als 134 Mrd. DM (darunter vom Bund fast 82 Mrd. DM) verbundene, jetzt induzierte **Angstneurose** seitens der Bundesregierung bleibt angesichts der vergleichbaren internationalen Zinslasten trotzdem unverständlich. Danach beträgt der Zinsendienst des Staatssektors (in % des BIP) im Jahre 1999 in Deutschland nur 3,2 %, aber in Österreich und in Spanien 3,6 %, in den Niederlanden 4,0 %, in Kanada 5,0 %, in Belgien 6,8 %, in Italien 7,0 %. Geringfügig tiefer liegt er in Frankreich mit 3,0 % und Großbritannien mit 2,8 %. [3]

Nach offiziellen Angaben des BMFi liegt die Zins-Ausgabenquote für den Gesamthaushalt 1999 mit 12 % und die des Bundes mit 17 % deutlich unter der dramatischen Behauptung des Bundeskanzlers, jede vierte D-Mark werde für Zinsen ausgegeben. [4]

Die Gesamtverschuldung der Bundesrepublik betrug 1998 offiziell 60,3 % des BIP, davon hatte der Bund 38,8 % (einschl. der „Schattenhaushalte“) und die unteren Gebietskörperschaften 21,5 % des BIP zu verantworten. [5] Im Vergleich dazu: Der Schuldenstand der Niederlande lag 1998 bei 67,7 % des BIP, der von Spanien bei 65,6 %, der von Österreich 63,1 % - während der EU-11-Durchschnitt bei 73,4 % lag.

4. Entlastung von Staatsverschuldung

Die Entlastung von Staatsverschuldung hat nicht aus volkswirtschaftlichen, sondern aus rein politischen Gründen z.Z. einen deutlichen **Vorrang** vor dem Abbau von Arbeitslosigkeit erhalten. Um dies zu vernebeln wurde zunächst versucht, das Kürzen der Haushaltsausgaben als Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen auszugeben, während das eigentliche Ziel der radikale Sozialabbau ist..
Diese Wende in der rot-grünen Politik kam allen, insbesondere den Oppositionsparteien, völlig überraschend und deutet auf einen Schwenk zum neoliberalen Paradigma in der Wirtschaftsstrategie.

Es wäre allerdings unsinnig, den Bund forciert zu entschulden und die unteren Gebietskörperschaften ihrem unzureichenden Eigenpotential für Entschuldung zu überlassen oder gar dorthin Sozialausgaben vom Bund zu überwälzen. Die Politik der Haushaltskürzungen wird sich daher in den Haushalten der unteren Gebietskörperschaften mittels eigener „Sparmaßnahmen“ fortsetzen und damit die Gesamtentlastung der Ausgaben spürbar erhöhen.

4.1 Reduzierung von Neuverschuldung

Vordergründig geht es offiziell zunächst „nur“ darum, die jährliche Neuverschuldung **des Bundes** im Zeitraum von ca. 6 Jahren auf „Null“ zurückzuführen. Am Ende dieses Zeitraumens aber stehen die kumulativen Bundesschulden bei 1,5 Billionen DM **plus** jene Summe, die nach 1998 noch zusätzlich neuverschuldet werden. Entsprechend wächst die jährlich Zinslast noch 5 Jahre lang weiter an.
Während die Bundesbürger mehrheitlich glauben, die auferlegten sozialen „Konsolidierungsopfer“ reduzieren schon fleißig die Zinslast, kann davon überhaupt noch keine Rede sein. Es ist wie in der Fabel „vom Fuchs, dem die Trauben zu hoch hängen...“.

Einem Effekt, der vielleicht in 6 Jahren erreichbar wäre, opfert diese Bundesregierung ihre politische Wählerbasis bereits im Wahljahr ‘99 und in den folgenden harten Konsolidierungsjahren. Sie ist mit ihrer extremen „Sparpolitik“ aber auch in eine ökonomische Falle getappt:

Sie strebt an, künftig die Kreditaufnahme des Bundes generell zu vermeiden - was bei einer jährlichen Neuverschuldung von Null (also in ca. 6 Jahren) eintreten würde. Wollte man dies tun, müßten jedoch die **öffentlichen Investitionen** des Bundes dann völlig durch Steuereinnahmen finanziert werden, denn derzeit sind sie prinzipiell durch Kredite finanziert.
Dies gilt dann einschließlich der Bundesmittel für öffentliche Investitionen in den neuen Bundesländer sowie dortiger sinnvoller investiver Förder- oder Risiko-Beteiligungsmaßnahmen.

Es läßt sich ausrechnen, wie hoch der **Zuwachs** der Steuereinnahmen künftig sein müßte, um für alle öffentliche Investitionen und zeitgleich ebenso für eine schrittweise Rückführung der kumulativen

Bundesschuld auszureichen. Denn erst nach deren spürbarer Rückführung (ab 2006) in möglichst großen Schritten wäre eine wesentliche Reduzierung der **jährlichen** Zinslast des Bundes überhaupt möglich.

Alle Argumente über die Gewinnung von „Handlungsfreiheit“ durch **Zinslastminderung** sind und bleiben also **ferne** Zukunftsmusik für die Zeit nach 2006. Die Bundesregierung zahlt aber für eine geringe zinsliche „Handlungsfreiheit“ ab 2006 sodann einen weiteren jährlichen hohen Preis von Tilgungssummen, der solche Zinsminderung erst bewirkt: Sie zahlt das „heckende Grundkapital“ für diese Zinsminderung zurück.
Es bliebe also zu begründen, welche Art von „Handlungsfreiheit“ die Bundesregierung damit für die Verwendung künftiger Steuereinnahmen gewinnt. Das wäre dann eine ehrliche Politik.

Auch das Tages-Argument des Bundesfinanzministers Eichel, die Bundesrepublik müsse sich stärker als bisher bemühen, die „ringsum eifrig konsolidierenden Nachbarländer einzuholen“ verliert nach der Datenlage an dringlicher Überzeugungskraft. Deutschland lag lag von 1997 zu 1998 noch mit 0,7 % Minderung des Staatlichen Finanzierungssaldos an der Spitze, während z.B. Österreich seinen Stand um 0,4 %-Punkte verschlechterte. [6]

Eine absolute Neuverschuldung von „Null" ist dagegen eine Variable auch der Einnahmen des Staates, d.h. einer Defizitquote von Null. Sie ist daher wesentlich abhängig von der Prognose auch der künftigen Einnahmen des Bundeshaushalts. Diese Einnahmen können sich aber nur erhöhen, wenn sich die Umsätze auf dem Binnenmarkt stark steigern, die vom Index der realen Massenkaufkraft abhängig sind. Die exzessiven Kürzungen von Haushaltsausgaben aber lassen die Massenkaufkraft eher schrumpfen, denn sie können die echte Wertschöpfung der Wirtschaft nicht befördern.

Damit stellt sich die Härte der „Sparoffensive" als eine Folge von chronisch unzureichenden Staatseinnahmen dar. Hierfür gibt es neben allgemeinen Ursachen in der EU (hohe Arbeitslosigkeit) auch Sondergründe, wie z.B. die permanenten Nettotransfers West/Ost als Folge der ostdeutschen Unterentwicklung, die sich vorerst als nicht aufholbar erwiesen hat.
Zu solchen Sondergründen dürften sich jetzt die absehbar hohen Folgekosten der auswärtigen Militär-einsätze (wie z.B. Kosovo-Krieg) ausweiten.
Diesen wesentlichen Aspekt hat die Bundesregierung schlicht übergangen.

Deutschland ist mithin auf dem Wege zur künftig erstmaligen bloßen Steuerfinanzierung öffentlicher Investitionen. Die reine Kreditfinanzierung (und damit die Neuverschuldung) ist aber gesetzlich legitimierte Praxis für die staatliche Finanzierung von öffentlichen Investitionen seit über 30 Jahren in der Bundesrepublik.
Damit jedoch, das dürfte nun klar werden, kippt man das bisherige Finanzierungssystem für die öffentlichen Investitionen, das also künftig zulasten der Steuerzahler erfolgen soll. Dazu haben aber offenbar die Steuern schon früher nicht gereicht - woraus folgt die Zuversicht, dies künftig zu erreichen? Aus höherem Aufkommen von Gewinnsteuern oder veranlagten Einkommensteuern?

Und selbst falls die Steuern künftig auch für öffentliche Investitionen ausreichen würden - woraus finanziert man dann die weiteren echten Tilgungen für die gigantische kumulierte Staatschuld? Erst wenn hier hohe echte Tilgungsraten an die privaten Gläubiger zurückgeführt werden, würde sich die absolute Zinslastsumme schrittweise absenken lassen. Selbst bei einer vielleicht erreichbaren "Defizithöhe von Null" aber zahlt man doch weiterhin die zuletzt erreichte höchste Zinssumme, von Zinsänderungen ganz abgesehen.

4.2 Abbau der Kumulativschulden

4.2.1 Das Problem

Nun dürfte es aber keinem der G-7-Staaten möglich sein, die kumulative Staatschuld absehbar auf 50 % zu reduzieren. Dazu reichen u.a. die normalen Direktsteuereinnahmen nicht aus, zumal wenn der bisherige Senkungswettlauf bei den Gewinnsteuern fortgesetzt wird.

Außerdem ist das Schuldensystem eines Staates nicht mit den privaten Schulden eines Familienhaushalts vergleichbar. Letzterer stößt bei Überschuldung rasch an die Grenze der Kreditwürdigkeit und muß mit Zahlungsunfähigkeit büßen.
Völlig anders der Staatsschuldner: er findet immer Gläubiger, weil er die Steuereinnahmen der Zukunft verpfändet. Er kann diese Gläubiger aber nur deswegen vorfinden, weil sie über anlagesuchendes

Geldvermögen im relativen Überfluß verfügen, das gegen sichere und z.T. höhere Renditen in Staatstiteln verliehen wird.
Die riesigen, eskalierenden Geldvermögen sind die dubiose Kehrseite und zugleich die Finanzierungsquelle der Staatsschulden, und deren Besitzer sind eminent daran interessiert, hierdurch bequeme Renditen zu erzielen.

Selbst wenn es volkswirtschaftlich möglich wäre, die kumulativen Staatsschulden mittels Steuereinnahmen echt zu tilgen, wären die Folgen binnenwirtschaftlich wenig positiv:
Der erzielte neue Rückstrom freiverfügbarenen Geldvermögens in die Privatsphäre würde dazu führen, die binnenwirtschaftliche Geldknappheit zu mindern und ausgleichend Geldkapital in die spekulative Finanzsphäre oder in den Kapitalexport zu überführen. Denn die mit der Rückzahlung verknüpfte Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage läßt den Binnemarkt schrumpfen, wobei Angebotswettbewerb und Preiskampf die Renditen im Realkapital des Inlands tendenziell weiter drücken.
Bei verminderter Geldknappheit aber entsteht - isoliert betrachtet - auch eine Tendenz zur Zinssenkung, die jedoch durch globalen Kapitalabfluß nivelliert werden kann und außerdem in der EWU auch abgefangen werden dürfte.
Eine Vermutung, daß das zulasten der Steuerzahler freigesetzte Geldkapital in der privaten Wirtschaft die inländische Investitionsneigung erhöhen könnte, erscheint unbegründet.

Hierbei muß man berücksichtigen, daß die riesigen Geldvermögen sich bisher nur bilden konnten, weil bereits zuvor die Renditen im Realkapital keinen ausreichenden Anreiz zum Reinvestieren gegeben hatten. Daher erfolgte die Überführung von freiem Geldvermögen massenhaft in die globale Finanzsphäre in allen G-7-Staaten. Die hohen Renditen der Finanzanlagen erscheinen zwangsläufig als parasitär gegenüber den niedrigeren Renditen im Realkapital. Zurückgezahlte Staatsschulden vermehren die parasitären Renditen in der globalen Spekulationssphäre.

Deswegen macht es am Ende wenig Sinn, die kumulativen Staatschulden weitestgehend reduzieren zu wollen, denn mühelose Geldvermögenseinkommen bleiben im vollen Umfange bestehen. Daraus folgt, daß auch die jährliche Zinslast nur so weit abgesenkt werden sollte, daß sie (auch bei einer geringen weiteren Neuverschuldung) *relativ* konstant verharren könnte:
Es sollte zu keinem Anstieg der „Zins-Steuer-Quote" mehr kommen.

Damit wird jedoch die Zinslast nicht beschönigt, sondern lediglich ihre „Dämonisierung“ korrigiert. Letztlich ist es volkswirtschaftlicher Fakt, daß die investiven Verwendungen der Neuverschuldungen im Regelfalle sich als materielles Volksvermögen darstellen, insbesondere in der komplexen Infrastruktur.
Wiederholt wurde in der Öffentlichkeit darauf verwiesen, daß die Belastung mehrerer Generationen durch den Schuldendienst für die Infrastruktur völlig gerechtfertigt erscheint, weil deren Nutzungsdauer sich über mehr als eine Generation erstreckt.

4.2.2 Negative Rückwirkungen der Entschuldung

Über die Wirkungen der Schuldentilgung fehlen aktuelle Analysen in finanzwissenschaftlichen Lehrbüchern, wie z.B. in dem von **Prof. Norbert Andel**, der lediglich hierzu bemerkt:
„Die Schuldentilgung bedarf keiner eingehenden Analyse, weil es sich um die Umkehrung der Wirkungen der Schuldenaufnahme handelt.“ [7]
Diese vereinfachte Aussage verbirgt, daß die Finanzierung der Staatsverschuldung aus freien Geldvermögen der Wirtschaft oder der Haushalte eine freiwillige Gebersache darstellt, aber die Rückzahlung der kumulativen Gesamtverschuldung an die Geldvermögensträger zulasten der einfachen Steuerzahler oder speziell der Sozialausgaben erzwungen werden muß. Umverteilungseffekte von „unten nach oben“ müssen daher bei der Schuldentilgung zu bewerten sein.

Ökonomisch ist in keiner Weise begründbar, wie ein hoher Ausfall der öffentlichen Binnennachfrage durch fortgesetzte Kürzungen der Haushaltsausgaben infolge des Schuldenabbaus von andererseits ausgeglichen werden sollte. Hier zeichnen sich sehr bedenkliche Mißdeutungen der ernsten komplexen Wirkungen ab, auf die auch USA-Prof. Krugman bereits im „Spiegel“ [8] verwiesen hat:
"Kurzfristig wird Eichels Konsolidierungspolitik die Arbeitslosigkeit aber nicht beseitigen, sondern erhöhen. Durch das Sparpaket fallen 30 Mrd. Mark an volkswirtschaftlicher Nachfrage weg. Wer soll die ersetzen?"
Es verbreitet sich zunehmend die Sorge, daß der rigorose Sparkurs zur weiteren Einengung der Binnenkaufkraft führen muß, wodurch sich eine negative Rückwirkung auf das Wirtschaftswachstum ergeben wird.

Diese Befürchtung stützt sich auf die Kürzung der öffentlichen Investitionen, die einen negativen Multiplikator- und Akzelerator-Effket in der Wirtschaft auslösen, aber ebenso auf die Kürzung der konsumtiven Haushaltsausgaben im Peronal- und Sozialbereich. Der „Spareffekt“ auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ist eindeutig negativ. [9]

Auch der Chefökonom der Weltbank, Prof. Josef Stiglitz, betont die Wichtigkeit der Nachfrage:
„Gibt es Maschinen und Arbeitskräfte, die unterbeschäftigt sind und jederzeit produktiv eingesetzt werden können, wenn nur die entsprechende Nachfrage nach den von ihnen produzierten Gütern vorhanden wäre, dann sind allein Nachfrageänderungen ausschlaggebend für die Höhe des gesamtwirtschaftlichen Outputs." [10]

Worte, die ins "Stammbuch" aller Angebotsdogmatiker gehören.

4.2.3 Das „kleinere Übel“ wählen

Wenn die Bundesregierung sich jetzt vor den Karren spannen läßt, jene hohen Schulden echt abzutragen, die im Vollzug der Vereinigung aufgenommen wurden, dann wäre es besser gewesen, diese „Erblast“ jenen zu überlassen, die sie auftürmen mußten - und die sich jetzt in die Hände reiben, weil sich dafür ein anderer politisch aufopfert, ohne den Dank dafür wirklich ernten zu können. Niemand kann aber schlüssig beweisen, daß dieses Opfer unvermeidlich sei.

Es reicht aus, die Zins-Steuerquote und die Steuerquote am BIP zu stabilisieren, solange bis die deutsche Wirtschaft ihr Direktsteuervolumen über Wachstum vorgreifend so weit anhebt, daß die Minderungen bei der Neuverschuldung allein dadurch ausgeglichen werden könnten Ein Sozialabbau durch die Kürzungen im Bundeshaushalt kann nicht der Preis für die Kohlsche Schuldenlast sein.

Am Ende bleibt abzuwägen, ob die sozialen Kürzungen nicht die einfachen Menschen **jetzt und sogleich** viel härter treffen, als die erst ab 2006 überhaupt möglichen Zinseinsparungen zur Erleichterung (des Staates!!!) führen könnten, die aber vorher durch Tilgung des „Hypotheken-Kapitals“ des Staates zuerst vielfach teurer und schmerzlicher zurückgezahlt werden müßten.
Jeder Unternehmer würde dem Bürger bestätigen: ein **faules Geschäft** für den kleinen Mann!

Im Juli hatte sich der SPD-Chef G. Schröder in einem Brief an die Mitglieder gewandt. Dort schrieb er u.a.:
"Jede vierte Mark geben wir heute für Zinsen aus. Das ist eine katastrophale Finanzlage."
Wie denn das? Wo liegt denn die Grenze zwischen "schlechter" und „katastrophaler" Finanzlage?

Wir nehmen doch in der Verschuldung und folglich auch bei der Zinslast keine Spitzenposition ein. Um es zu wiederholen: die EU-11-Staaten hatten 1998 einen Schuldenstand am BIP von 73,4 %, Deutschland von 61 %., Spanien von 65,6 %, die Niederlande von 67,7 %. [11]
Wenn also die Lage bereits katastrophal wäre, dann wäre sie für die gesamten EU-11-Staaten genau so oder schlimmer. Damit dürfte Schröders propagandistischer Blickwinkel zurechtgerückt sein.

Aber um die Schulden abzutragen, müßte man um so höher die weiteren Ausgaben kürzen, um so weniger es künftige Mehreinnahmen aus Steuern gibt, von Mindereinnahmen infolge der Steuersenkungen ganz abgesehen. Dabei wird schon völlig aus dem Auge verloren, wie solche Ausgabenkürzungen auf die künftigen Steuereinnahmen rückwirken müssen - zumal Mehrwertsteuererhöhungen abgelehnt und höhere Ökosteuern an die SV-Rentenkasse abgeführt werden. Inzwischen reduziert man trotzdem auch die öffentlichen Investitionen weiter, obwohl diese 1998 nur noch 1,8 % des BIP betrugen (im Vergleich zu 5 % zu Beginn der 70er-Jahre).

In der Tat wird so der "Teufel Zinslast" mit dem "Belzebub Haushaltskürzungen" ausgetrieben, was sich direkt auf das Wirtschaftswachstum restriktiv auswirkt. Hierzu eine Stimme aus der kritischen Sicht der Wirtschaftswissenschaft:

"Wird hingegen durch die versuchte Defizitminderung im öffentlichen Sektor die gesamtwirtschaftsliche Güternachfrage und damit das Wachstum des Sozialprodukts gebremst, dann steigt einerseits das passive, konjunkturbedingte Defizit des Staates, andrerseits werden die anderen Sektoren nachfragebedingt in Defizte hineingezwungen." [12]

Und: "Wenn man auf ein ausgeglichenes Budget setzt und nur konjunkturbedingte Staatsverschuldung zulassen will, erfordert dies die Steuerfinanzierung öffentlicher Investitionen. Für dieses Postulat eine

schlüssige Begründung zu finden ist schwer. Es wäre eine Art Kreditaufbahmeverbot für den Staat, von konjunkturellen Ausnahmefällen abgesehen."(ebda.)

5. Die „Kürzungsorgie“

Das Programm der Kürzungen im Sozialbereich kann man nicht mit wachsender "Bereitschaft, mehr für das Gemeinwohl zu tun", kaschieren, wenn die privaten Unternehmen und privaten Geldvermögen von anteiligen und gleichwertigen Belastungen für die Gemeinschaft völlig verschont bleiben.
Es kann nicht als sozialgerecht betrachtet werden, wenn die staatlichen Subventionen in die privaten Unternehmen jährlich wesentlich höher bzw.etwa doppelt so hoch sind als die erfaßten Einnahmen aus Gewinnsteuern.

Nachstehend einige ausgewählte **Kürzungen** der Bundesausgaben:

Mittelfristige Kürzung von Bundesausgaben 1999/2003

(in Mrd. DM)	1999	2003	Kürzung
Arbeitsmarkt	43,3	22,3	21,0
Familienpolitische Leistungen	8,7	8,0	0,7
Wohngeld	4,0	2,1	1,9
Sonst. Maßn. für Sozialleistungen	7,4	4,7	2,7
Mittelstand/ industrienahe Forschg.	2,2	1,3	0,9
Regionale Wirtschaftsförderung	10,1	8,6	1,5
Wohnungs- und Städtebau	4,6	3,0	1,6

(Quelle: BMF, Mittelfristige Finanzplanung)

Der Schwerpunkt dieser Kürzungen liegt also eindeutig im Arbeitsmarkt- und Sozialbereich, speziell bei der Finanzierung für die Entlastung des Arbeitsmarktes.Aber auch regionale und damit kommunale Wirtschaftsbereiche sind von den Kürzungen betroffen.

Allerdings ist bemerkenswert: Während sich die Zinslast 1999/2003 um 8,6 Mrd. DM erhöht und die Nettokreditaufnahme sich in dieser Zeit um 23,1 Mrd. DM reduziert, zusammen ergibt dies 31,7 Mrd. DM, sinken die o.a. gesamten Sozialleistungen um 26,3 Mrd. DM und die öffentlichen Bundesinvestitionen um 5,0 Mrd. DM,. was zusammen 31,3 Mrd. DM Kürzungen ergibt. Dies bestätigt u.a. die vorrangige Gegenfinanzierung des „Konsolidierungsvolumens“ 1999/2003 über die Arbeitsmarkt- und Sozialkürzungen.

Das Kürzen im öffentlichen Haushalt sollte jene Positionen umfassen, die Prestige-Objekte, reine Verschwendung und vermeidbare Mehrausgaben durch die Bürokratie betreffen und die jährlich vom Bund der Steuerzahler mit ca. 50 Mrd. DM nachgewiesen werden - von den traurigen Auflistungen der offiziellen Rechnungshöfe in Bund und Ländern ganz zu schweigen.

Was jedoch die mittelfristige Reduzierung der jährlichen Neuverschuldung angelangt:
Die Zinsen aus den kumulativen Schulden bestehen trotzdem in jetziger Höhe weiter, wachsen dennoch zeitweilig noch an und bereichern "mühelos" die privaten Gläubiger, während die Reduzierung der Neuverschuldung allein auf die Masseneinkommen abgewälzt würde.
Soll diese Reduzierung dann mit dem später "stabilisierten Schuldenberg" weitergeführt werden und auch dieser noch durch Sozialkürzungen abgebaut werden? Dann könnten wir den "Sozialstaat" offiziell schließen.

Mir scheint, der Bundesfinanzminister hat sich hier in eine Problemsicht begeben, die zu unlösbaren oder unbeherrschbaren volkswirtschaftlichen Auswirkungen führt, solange man nicht die aus den Zinslasten entstandenen großen Geldvermögen zum Abbau der Staatsschulden anteilig und sozialgerecht heranzieht. Realistisches Ziel bleibt unter „jetzigen Rahmenbedingungen“ nur: Stabilsierung der Zinsquote am Bruttoinlandprodukt bzw. am Steueraufkommen.

Damit ist natürlich die unsoziale Umverteilung „von unten nach oben" über die Zinsen nicht aus der Welt. Um die zu beseitigen, sollte man sich umsehen, welche der G-7-Staaten eine solche Fiskal-Revolution zur echten Reduzierung der absoluten Zinslastsumme bereits vollbracht haben. Fehlanzeige?!

Wie die Presse berichtet, ist Schweden das glückliche Land, seine hohen Haushaltsdefizite jetzt erfolgreich beseitigt zu haben und zunehmende Haushaltsüberschüsse zu erreichen. Aber wie hat man dies dort gschafft? Sicherlich nicht mit einer vergleichsweise niedrigen Abgaben- und Steuerquote.

Vergleich für 1997	Deutschland	Schweden
Staatsquote % (auf BIP)	47,9	62,3
Abgabenbelastung insg. % (auf BIP)	37,5	53,3
dar. Steuerbelastung	21,9	37,4
Investitionsquote % (auf BIP)	19,9	13,7
Spitzensteuersatz auf Einkommen %	57,0	56,7
Körperschaftssteuersatz % *	48,4	28,0
Mehrwertsteuersatz %	15,0	25,0

* auf einbehaltene Gewinne (Quelle: IdW Kölln, „Zahlen 1998“, „Zahlen 1999“

Schweden ist von den typischen Vorstellungen deutscher Steuerpolitiker so weit entfernt wie der Mond von der Erde. Die Frage ist aber auch für Schweden: wie kommt man dort von den jetzt immer noch vorhandenen bisherigen hohen Zinslasten herunter?
Sicherlich empfiehlt es sich, auf international koordinierter Basis an den Abbau des kumulierten „Schuldenturmes" aller G-7-Staaten heranzugehen und nicht den Ehrgeiz zu haben, für Deutschland hier eine echte Vorreiterrolle (zumal einseitig zulasten des Sozialniveaus) zu beanspruchen.

Übrigens folgt aus der Globalisierung der zunehmende Rückbau der Staatsverantwortung für die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung, die jetzt „im Spiel der globalen Konzerne und der Finanzmärkte" betrieben wird, aber auch ungehemmt zu Finanzmarktkrisen in Mexiko, Asien, Lateinamerika usw. führte und mit verheerenden Einbrüchen des Sozialniveaus in den dortigen Ländern endete.

6. Besteuerung von hohen Vermögen

Der Bundesfinanzminister hatte sich gegen die Einführung einer neuen Vermögenssteuer gewandt und versichert, die Besteuerung der großen Einkommen sei ohnehin hoch genug. Er verwies dabei auf die neuerdings wirksame oder noch vorgesehene Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für die Einkommenssteuern.

Jedoch bilden private veranlagte Einkommensteuern und Vermögenssteuer verschiedene Sachkomplexe, die unterschiedlich zu beurteilen und nicht gegeneinander aufrechenbar sind. Sie sind auch verschieden sozial motiviert. Hat nicht kürzlich der **Bundeskanzler** auf dem IG-Metall-Kongreß voll Inbrunst die „größte soziale Ungerechtigkeit“ angeprangert, die durch die hohe Zinslast aus den Staatsschulden besteht?

Die **fortgesetzten Nutznießer** dieser hohen Zinslast aber werden durch Ihre Haushaltssanierung doch überhaupt nicht getroffen! Denn hier gilt genau, daß die absolute Zinslast erst dann zurückgehen kann, wenn nach dem Jahre 2006 damit begonnen würde, die kumulative Bundesschuld echt zu tilgen. Dann wäre aber noch ein langer Weg nach 2006 bis zur **absoluten** Minderung der „größten sozialen Ungerechtigkeit“ fortzusetzen, der jährlich noch weitaus höhere Tilgungsraten erfordert als man überhaupt für die derzeitige Reduzierung der laufenden Neuverschuldung aufbieten könnte.

Wenn also der Bundeskanzler so eindringlich für eine Beseitigung der „größten sozialen Ungerechtigkeit“ eintritt, dann doch bitte wohl nicht erst lange nach dem Jahre 2006 - denn da ist es mit seiner Kanzlerschaft völlig ungewiß. Er muß **jetzt und heute** die „größte soziale Ungerechtigkeit“ wirksam mindern wollen, und da gibt es eigentlich keinen anderen Weg als eine neue Vermögenssteuer.

Die trifft genau jene Gruppe, die sozial absolut ungerecht aus der Zinslast des Staates einen „arbeitsfreien Nutzen“ in jährlicher Höhe von z.Z. mehr als 80 Mrd. DM zieht, der übrigens höher ist als jener Betrag von mehr als 50 Mrd. DM, der im Bund neuverschuldet wird. Derzeit bleiben ca. 30 Mrd.DM je Jahr in der Hand jener als Zugewinn übrig, die jährlich weiterhin als Staatsgläubiger fungieren.

Das „heckende Grundkapital“ der kumulativen Bundesschuld vermehrt sich also schon überchießend selbst durch die Zinslast im Vergleich zur Neuverschuldung - ein *wirklich unsozialer Pumpmechanismus* zugunsten der hohen Geldvermögen. Und **je weniger** neuverschuldet wird, um so höher steigt der jährliche „Nettoprofit“ der Gläubiger aus der Zinslast, der nach regierungsseitigen Vorstellungen dann bis zum Jahre 2006 die dann noch höhere **gesamte Zinslast** erreichen muß.

Im Jahre 2006 beginnt wirklich das „goldene Zeitalter“ der Staatsgläubiger: die gesamte Zinslast vermehrt dann die großen Geldvermögen. Der Staat benötigt aber keine neuen Kredite mehr - folglich wächst das private Geldeinkommen sprunghaft (aus der Zinslast) an, das sich neue Anlagemöglichkeiten suchen muß. Und wo findet es dann diese? Auf dem globalen Finanzmarkt und im Kapitalexport.

Der deutsche Steuerzahler, der sich in dem Glauben wähnt, **er rette** mit der sinkenden Neuverschuldung **den Staat** aus großer Not, wird unvermeidlich zur Quelle privaten überschießenden Exportkapitals. Hier wächst die „Handlungsfreiheit“ des Bankkapitals, das solche (die Neuverschuldung) „überschießenden“ Zinszahlungen des Staates sofort zentralisiert und gebündelt in die Sphäre der Finanzoperationen globalen Maßstabs überführt.
Gleichzeitig muß ab 2006 dieser Steuerzahler jedoch die öffentlichen Investitionen des Bundes direkt und vollständig über Steuern finanzieren, weil es dafür **keine** neue Kreditaufnahme mehr geben dürfte.

Daher scheint es logisch, die Quelle der „selbstheckenden Staatsschuld“ für die Gläubiger in angemessener Weise gerade bei der Reduzierung der Staatschuld **zu beteiligen** - was offensichtlich nur durch eine neue Vermögensabgabe zu leisten ist. Diese Vermögensabgabe könnte bis zu jener Summe neu für den Staat abschöpfen, die aus der Differenz von Zinslast und Neuverschuldung entspringt - jenes dann „arbeitslose Spekulationskapital“. Nichts spricht dafür, diese Milliardendifferenz ersatzlos dem einfachen Steuerzahler (Lohnsteuer- und Mehrwertsteuerzahler) aufzubürden, um die „Staatschuld zu mindern“.

Wenn man die Problenme also in diesem logischen **inneren Zusammenhang** sieht, dann müßte es einsehbar sein, warum eine neue Vermögenssteuer wirklich sinnvoller ist als eine weitere laufende **Kürzung** von Haushaltsausgaben mit Schwerpunkt Sozialleistungen, die jetzt unsinniger Weise als „Sparen“ bezeichnen wird und der SPD die Wählerstimmen raubt.

Der hier übliche Einwand, eine Vermögenssteuer sei verfassungsrechtlich unzulässig, ignoriert die internationale Praxis der Vermögensbesteuerung. So z.B. trägt die „Property tax“ in den USA einen international sogar überdurchschnittlichen Anteil von 14-15 % an den fiskalischen Gesamteinnahmen. [13]
Bestimmte Modalitäten der bisherigen deutschen Vermögensteuer sollten jedoch - gemäß den Forderungen des Bundesverfassungsgrichts - differenzierter und steuergerechter gestaltet werden können, sofern der politische Wille dafür besteht.

7. Zusammenfassung und nochmals „volkswirtschaftliche Logik“

Bundesfinanzminister Eichel gab im "Spiegel" vom 13.9.99 Antworten zu Fragen seiner Haushaltspolitik. Auf die ihm dort vorgehaltenen Hinweise von Ökonomen, die Sparmaßnahmen würden die Konjunktur "abwürgen", reagierten er mit der Erwiderung: "Das ist nun wirklich witzig. Wer einen Verzicht auf das Sparpaket verlangt, glaubt wohl, daß ich 30 Milliarden Mark mehr ausgeben könnte. Aber die habe ich doch gar nicht, die kann ich nicht mal pumpen. Ansonsten wäre der Haushalt verfassungswidrig, weil die Neuverschuldung die Investitionen übersteigt."

Witzig erscheint aber eher eine **Logik**, die sich zunächst höherer Haushaltseinnahmen durch Direktsteuersenkungen zielstrebig entblößt, um danach zu begründen, daß man nicht ausgeben könne, was man nicht habe, folglich 30 Mrd. DM sparen müsse. Jeder "brave Hausvater" weiß doch, daß er "verschenktes Geld" nicht mehr zum Einkaufen ausgeben könnte! Aber warum hat er es zuvor verschenkt?

Wie anders als witzig ist jene Herangehensweise, zunächst einmal - bei völlig überzogenen Erwartungen der Öffentlichkeit - die direkten Einkommensteuern spürbar abzusenken, um danach auf der Ausgabenseite durch harte Kürzungen "im Rundumschlag" die Balance zu den verminderten Einnahmen wiederum zu sichern.

Ähnlich witzig ist das Argument, eine höhere Neuverschuldung wäre verfassungswidrig, weil die Investitionen dann unter dieser wieder angehobenen Neuverschuldung blieben. Der Staat wird doch von niemandem dazu gezwungen, zusätzliche Neuverschuldung gerade **nicht** für Investitionen auszugeben, zumal wenn dies sogar zusätzlich höhere Einnahmen für den Haushalt bewirkte und damit originäre Defizite verringerte.

Äußerst witzig aber erscheint mir jene unlogische Steuerpolitik, die indirekte "Öko"-Steuern zugunsten der öffentlichen Kassen erhöht, aber gleichzeitig lauthals immer wieder ablehnt, "über erhöhte Steuern" die Löcher im Haushalt zu finanzieren. Ökosteuern sind auch Steuern! Offenbar soll hier glaubhaft erscheinen, daß eine Überführung von Öko-Steuern in die Rentenkassen ihren Charakter als Steuern aufhebe oder sogar die Staatsquote senke.
Damit hoffe ist deutlich gemacht zu haben, wie schlecht diese „Gegenargumente“ eigentlich stechen und was wahrhaft "witzig" ist.

Doch kommen wir zum Kern des obigen Vorhalts. Eichel will einfach nicht zulassen, daß die oben erwähnten Ökonomen vielleicht doch eine wahre Aussage treffen, daher versuchen er überhaupt nicht, deren Logik nachzuvollziehen. Statt dessen argumentieren er wie ein Lieschen Müller: "Wie kann ich etwas ausgeben, was ich gar nicht habe?" Wahrlich ein Musterbeispiel der Ignoration des volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhangs.

Es sei daher gestatten, an diese elementaren Zusammenhänge zusammenfassend zu erinnern, wie sie in der üblichen „Volkswirtschaftslehre“ ([a]) nachlesbar sind:

Die mit den Haushaltskürzungen verbundenen Ausfälle an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage im konsumtiven und investiven Endverwendungsbereich sind hier der „springende Punkt", der stillschweigend umgangen wird. Diese Ausfälle beziehen sich vergleichsweise natürlich auf solche unterstellten Einnahmen, die hierfür deckend oder kompensatorisch wirken könnten.

Nach den Kürzungen der Ausgaben **infolge** wegfallender Einnahmen im Haushalt entsteht ein negativer Multiplikator- und Akzeleratoreffekt, der sich für eine offene Volkswirtschaft in einer real nachhaltigen Minderung des Volkseinkommenszuwachses auswirken muß. Dieser Effekt läßt sich aus den Haushaltskürzungen und dem Multiplikator für Staatsausgaben bestimmen. (Letzterer errechnet sich aus dem reziproken Wert für die Differenz aus dem Faktor 1 und der Summe von Konsumtions- und Importneigung - Ableitungen, die hier nicht exakt dargelgt werden können.)

Weil der Multiplikator für Staatsausgaben (unter Einschluß der investiven Verwendungen) größer als 1,0 ist und das Mehrfache erreichen kann, ist die Wirkung der gekürzten komplexen Staatsausgaben auf das Volkseinkommen dementsprechend negativ verstärkt. (Natürlich muß dieser Multiplikator immer aktuell ermittelt werden.)

Es wäre kaum sinnvoll, die nur modellhaft abgeleitete negative Multiplikator- und Akzeleratorwirkung strikt zu ignorieren. Aber Vorsicht: für eine jede Volkswirtschaft mit starker Unterauslastung der Arbeitskräfte- und Produktionspotentiale sind die Prämissen neoklassischer Gleichgewichtsökonomie wenig zutreffend. Im übrigen ist es auch ohne Theorie einsehbar, daß der ersatzlose Wegfall staatlich induzierter Nachfrage (aus verringerter Neuverschuldung und gleichzeitiger Direktsteuersenkung) schließlich als kaufkraftseitige Wachstumsbremse wirken muß.
Man sollte annehmen, daß ein Bundesfinanzminister unbedingt in komplexen volkswirtschaftlichen Kategorien argumentieren müßte.

Nun zu einem zweiten Sachargument, der **sozialen Ungerechtigkeit** der ständig wachsenden hohen Staatsverschuldung infolge der zunehmenden hohen Zinslasten, die eine nachhaltige Umverteilung von unten nach oben und damit höhere soziale Ungleichheit bewirken.

Hier wird ignoriert, daß eine derartige Umverteilung "von unten nach oben" in viel höherem Maße dadurch erfolgt, daß jährlich die privaten Geldeinkommen aus laufenden Kapitalgewinnen absolut rascher steigen als die aus jenem Teil der Vermögen in Form von verzinslichen Staatsanleihen. Dazu folgende Zahlen für 1996/1997: Nettoeinkommensanstieg aus Unternehmertätigkeit und Vermögen +83 Mrd. DM;
(Brutto-)Zinsanstieg aus der kumulierten Staatsverschuldung +1,3 Mrd. DM.

Ferner wird übergangen, daß es nirgendwo "verboten" wird, die zunehmenden Zinslasten für die Staatsverschuldung jenen aufzuerlegen, die daraus exponentiell steigende "mühelose" Geldvermögen angesammmelt haben. Das wäre z.B. über eine angemessene Abgabe auf die hohen Geldvermögen mit Zweckbindung an die Reduzierung der Staatsverschuldung denkbar.

Nicht zuletzt bleibt man den Nachweis schuldig, daß die zu finanzierende Zinslast härter und unsozialer auf den durchschnittlichen Steuerzahler wirkt als starke gezielten Kürzungen im Haushalt, besonders im Sozialbereich. Eher besteht der Eindruck, daß hier am Ende eine noch größere soziale Schieflast für die untersten Einkommensgruppen resultiert.
Letzteres deshalb, weil dem Bürger nicht die volle Wahrheit über die Lasten des Abbaus der kumulierten Staatsverschuldung vorgerechnet wurden, soweit der Abbau nicht aus Mehreinnahmen, sondern aus reduzierten Ausgaben im Haushalt geleistet wird: Kumulierte Schulden und ihre echten Zinslasten steigen noch jahrelang weiter an, bis im Langzeitraum einmal die jährliche Neuverschuldung auf Null gesenkt

[a] So z.B. bei: Heinrichsmeyer/Gans/Evers, „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“, 10.Auflage

werden könnte. Dann aber stehen die jährlichen Zinslasten erst auf ihrem echten Gipfelpunkt, und sie müssen gezahlt werden!

Danach stellt sich wiederum die Frage der "Unzumutbarkeit der Zinslast" in aller Schärfe, denn bislang konnten ja über diesen Langzeitraum die Zinszahlungen noch nicht verringert werden. Sollte danach wirklich bei der Reduzierung der Zinslasten ein Effekt erzielt werden, dann müßten **sehr hohe** Tilgungsraten auf die kumulierte Schuldsumme geleistet werden, um die absoluten Zinsbeträge schrittweise zu verringern. Nach zwanzig Jahren solcher echten hohen Tilgungen (im "Spiegelbild" des früheren Aufbaus der Schulden) würde die jährliche Zinslast erst etwa dort stehen, wo sie z.B. vor der deutschen Vereinigung stand.

Um das zu erreichen, sollte man den Bürgern erklären, daß der Sozialabbau unbegrenzt fortgeführt werden müßte, da die künftigen jährlichen Mehreinnahmen des Haushalts nicht zum Abbau gigantischer kumulativer Schulden ausreichen. Es wäre ebenso anzukündigen, daß später die künftigen öffentlichen Investitionen nur noch aus Steuern finanziert werden dürfen - also keineswegs über neue Kreditaufnahme - folglich diese Steuerbeträge dann für den echten Schuldenabbau generell schon ausfallen würden. Die Perspektive versinkt in mystischem Nebel!

Bei konsequentem Weiterdenken wird man dann zu dem Ergebnis gelangen, daß die einzig realistische Politik nur darin bestehen kann, die Zins-Steuerquote langfristig zu stabilisieren und ebenso zu verhindern, daß die Zinslast am Volkseinkommen steigt - weil und solange man es politisch verschmäht, die großen Geldvermögen zum Abbau dieser gigantischen kumulativen Staatsschuld in gerechter und zumutbarer Höhe heranzuziehen.

Der Abbau der „Erblast“ aber wird vergessen sein, sobald er seinen vordergründigen Zweck als Vorwand zum **forcierten Sozialabbau** erfüllt hat - lange vor dem Jahr 2006.

- Ende -

---

[1] BMFi, „Bundeshaushalt 2000“, Volks- und Finanzwirtschaftliche Berichte, 9/99, Tabelle 32

[2] BMFi-Dokumentation vom März 1999: „Steuerbelastung deutscher Unternehmen“.
Hiernach sind die vorliegenden Ergebnisse einzelner verglichener Studien zur tatsächlichen Steuerbelastung mehr oder weniger unzulänglich und kaum eindeutig beweisfähig.
So z.B. läßt das Statistische Bundesamt die Wirkung der Abschreibungsregelungen außer Betracht.

[3] BMFi, a.a.O. Tabelle 31

[4] BMFi, a.a.O., Tabelle 17

[5] IdW Kölln, „Zahlen 1999“, S. 90

[6] Bundesbankbericht Nr. 9/99, S. 7*

[7] Norbert Andel, „Finanzwisschenschaft“, 4. Auflage 1998, S. 177

[8] Prof. Krugman im Interview des „Spiegel“ Nr. 33/99

[9] Vergl. hierzu: Norbert Reuter, „Sparen vermindert nicht automatisch Arbeitslosigkeit“, FAZ vom 1.10.99, S. 16

[10] Prof. J. Stiglitz, "Volkswirtschaftslehre", 2. Auflage 1999, S. 791

[11] IdW Kölln, „Zahlen 1999“, S. 155

[12] Prof. J. Priewe in: "WSI-Mitteilungen"Nr. 3/1999, S. 152

[13] Norbert Andel, „Finanzwissenschaft“, Mohr Siebeck, 4. Auflage 1998, S. 377